

Pressekonferenz Atlas der Zivilgesellschaft

Statement Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt

Pressegespräch, Zoom, Dienstag, 4.5.2021 - *es gilt das gesprochene Wort*

Ich begrüße Sie herzlich zum Pressegespräch anlässlich der Vorstellung unseres Atlas der Zivilgesellschaft. Wir veröffentlichen den Report heute zum vierten Mal – und in diesem Jahr sind die Ergebnisse besonders alarmierend. Seit Beginn der globalen Pandemie hat sich die Lage der Zivilgesellschaft weltweit verschlechtert – in einigen Ländern dramatisch.

Was meinen wir mit Zivilgesellschaft?

Unter Zivilgesellschaft verstehen wir die aktive Teilnahme am politischen Leben von Bürgerinnen und Bürgern. Sie umfasst alles soziale Handeln, das sich außerhalb von Staat, Wirtschaft und Privatem abspielt. Fridays for Future gehören ebenso dazu wie die Bürgerinitiative gegen den Bau einer Umgehungsstraße.

Viele der fast 2.000 Partnerorganisationen von Brot für die Welt berichten uns seit vielen Jahren von Einschränkungen, Bedrohungen, Schmähkampagnen und gezielten Einschüchterungen. Für unsere Partner ist dieses Phänomen, das wir „Shrinking Space“ nennen, bedrohlich und leider - an der Tagesordnung. Im Jahr 2020 aber hat sich die Lage außergewöhnlich verschärft – auch wegen der Corona-Pandemie.

Der Atlas der Zivilgesellschaft stützt sich wie schon in den vergangenen Jahren auf die Zahlen des CIVICUS-Monitor. Die Daten basieren auf Erhebungen und der Auswertung verschiedener Quellen und Indizes.

CIVICUS kategorisiert die Freiheitsgrade einer Gesellschaft in fünf Kategorien: offen, beeinträchtigt, beschränkt, unterdrückt und geschlossen. Die Kategorisierung der einzelnen Länder erfolgt anhand einer Punkteskala. Das bedeutet, dass es durchaus auch Abstufungen innerhalb derselben Kategorie gibt.

Für die Zivilgesellschaft war 2020 kein gutes Jahr. Die Entwicklung zeigt seit Jahren nur in eine Richtung und das vergangene Jahr markiert einen neuen Tiefpunkt.

Weltweit leben fast zwei Milliarden Menschen in Staaten, die gesellschaftspolitisches Engagement vollständig unterbinden – das ist mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung. Diese Menschen leben in 23 Staaten, darunter so bevölkerungsreiche Länder wie China oder Ägypten.

Nur drei Prozent der Menschen leben in Staaten, die ihnen uneingeschränkte Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gewähren. Sie können ihre Anliegen frei äußern, an Demonstrationen teilnehmen oder eine Bürgerinitiative gründen. Diese Menschen leben in 42 Staaten. Deutschland etwa gehört zu den Ländern mit einer offenen Zivilgesellschaft, was allerdings nicht bedeutet, dass nicht auch hier Diskussionen geführt werden müssen- und es ja auch werden.

In 40 Staaten ist der Handlungsraum „beeinträchtigt“. Hierzu zählen auch eine Reihe von EU-Staaten wie etwa Frankreich, Spanien und Italien. In 47 Staaten ist der Handlungsraum der Zivilgesellschaft „beschränkt“, unter ihnen Brasilien, Kenia, aber auch die USA und das EU-Land Ungarn.

44 Prozent der Weltbevölkerung leben in 44 Staaten mit „unterdrückter“ Zivilgesellschaft - die zweitschlechteste Kategorie. Hier finden sich etwa Indien, Russland und die Türkei.

Das bedeutet, dass insgesamt 88 Prozent aller Menschen in beschränkten, unterdrückten oder geschlossenen Gesellschaften leben. Damit leiden 6,8 Milliarden Menschen unter Regierungen, die ihre Grundrechte beschneiden, Kritiker:innen drangsaliieren, verfolgen oder sogar töten.

Was hat sich seit dem Atlas 2020 geändert?

Die Grafik auf Seite 15 zeigt Ihnen auf einem Blick Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr. Und diese Veränderungen sind alarmierend: In nur drei Staaten hat sich die Lage der Zivilgesellschaft in solchem Maße verbessert, dass CIVICUS sie einer höheren Kategorie zuordnet. Darunter Österreich, aber auch der Sudan und die Demokratische Republik Kongo. Im Fall von Kongo und dem Sudan sprechen wir allerdings von einer Verbesserung auf extrem niedrigem Niveau, sie sind aus der schlechtesten in die zweitschlechteste Kategorie aufgestiegen.

Insgesamt 11 Länder sind abgestiegen, darunter die USA, die Philippinen und Slowenien. Der Verdacht liegt nahe – und wird durch die Erkenntnisse des Atlas der Zivilgesellschaft bestätigt -, dass die Verschlechterungen in einigen Staaten eben auch mit der Corona-Pandemie zusammen hängt. Die Daten wurden zwischen Ende 2019 und Ende 2020 gesammelt, leider müssen wir davon ausgehen, dass die Gewalt auch gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und Umweltschützer auch 2021 weiter anhält – zumindest im Zusammenhang mit vermeintlicher oder tatsächlicher Pandemie-Bekämpfung. Auch aktuelle Entwicklungen – etwa in Myanmar, wo gerade mit unfassbarer Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger:innen vorgegangen wird – lassen nicht auf Besserung der weltweiten Lage hoffen. Sowohl CIVICUS als auch wir bei Brot für die Welt beobachten die Eskalation dort mit großer Sorge.

Shrinking Space und Corona

2019 war ein Jahr der Proteste. Weltweit gingen Menschen auf die Straße, ob in Hongkong, Iran, Chile oder Nigeria. Die Mobilisierung hat sich auch 2020 fortgesetzt, etwa in den USA oder in Belarus, Myanmar und Kirgisistan. Seit Anfang 2020 kam ein akutes und sich permanent wandelndes Thema hinzu: Die Corona Pandemie. Als die Pandemie die ohnehin schlechte wirtschaftliche Lage in vielen Ländern weiter verschärfte, forderten vielerorts Menschen mehr Gerechtigkeit, Zugang zu Pandemie-Nothilfe und ein Ende von Korruption und Veruntreuung. Doch als Antwort darauf bekämpften Regierungen in vielen Ländern nicht die Ursachen für den Protest, sondern den Protest selbst.

Auf den Philippinen hat Präsident Duterte die Methoden seines „War on drugs“ auf die Bekämpfung der Pandemie übertragen. Mehr als 100.000 Menschen wurden zwischen März und September verhaftet, weil sie sich – so der Vorwurf – nicht an die Pandemie-Regeln hielten. In Simbabwe ließ die Regierung Nahrungsmittel auf – wegen der Corona-Regeln - nicht genehmigten Märkten verbrennen und Straßenhändler:innen misshandeln. Und das trotz einer massiven Zunahme des Hungers. Den Behörden in El Salvador war es per Erlass gestattet, jederzeit in Wohnungen einzudringen, wenn sie dort Infizierte vermutet haben. Menschen mit verdächtigen Symptomen wurden dort in Quarantänezentren interniert – häufig wochenlang.

Kurzum: Viele Beschneidungen von Grundrechten gingen nicht auf die Bekämpfung der Pandemie zurück – was durchaus zulässig und geboten ist, wenn Prinzipien wie Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit eingehalten werden. Sie richteten sich direkt gegen die Rechte der Bevölkerung. Repressive Regierungen haben die Pandemie als Gelegenheit genutzt, um unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes Kritiker:innen mundtot zu machen.

Die Zahlen im Atlas der Zivilgesellschaft zeigen eindeutig, dass die weltweit dokumentierten Grundrechtsverletzungen beinahe in jedem Bereich gestiegen sind. Es wurden mehr Aktivistinnen verhaftet, mehr Journalisten angegriffen und mehr Regierungskritiker schikaniert und eingeschüchtert. Eine besondere Ironie des Corona-Jahres 2020 war im Übrigen, dass sich gerade in Ländern mit einer offenen Zivilgesellschaft einzelne Gruppen als unterdrückte Minderheiten stilisiert haben.

Ein immer wichtigeres Instrument zur Unterdrückung der Gesellschaft sind digitale Überwachungstechnologien. Und an ihnen kann man gut ablesen, wie schmal der Grat zwischen gesundheitlichem Nutzen und totaler Überwachung sind. Zum Beispiel China: Neben den schon unter Mao eingeführten sogenannten „Nachbarschaftskomitees“, die das Denunziantentum und die Überwachung der Bürger untereinander massiv befördern, setzte die Volksrepublik vor allem auf Smartphone-Apps und intelligente Überwachungskameras zur Pandemie-Bekämpfung. Das hat China zweifelsohne einen großen Erfolg im Kampf gegen die Pandemie beschert, aber zu welchem Preis? Datenquellen, Entscheidungsverfahren und Algorithmen liegen in der Hand des Regierungsapparats, von Transparenz keine Spur. Menschen, die ihre Mitbürger:innen verraten, weil sie vermeintlich oder tatsächlich gegen Quarantäne-Bestimmungen verstoßen, werden dafür belohnt. So kann keine echte Zivilgesellschaft entstehen. Unter anderem deshalb ist China eines der Länder, in denen wir von einer „geschlossenen“ Gesellschaft sprechen.

Auch demokratische Staaten wie Südkorea setzten auf modernste Überwachungstechnik und waren damit enorm erfolgreich, was den Gesundheitsschutz angeht. In Südkorea hat die Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen trotzdem unterstützt. Das könnte mit Erfahrungen im Zusammenhang mit der Vogelgrippe zusammenhängen, oder auch damit, dass die Regierung in Seoul ihre Bürger zumindest mitgenommen und sehr transparent informiert hat.

Doch auch ohne Apps, Algorithmen und smarte Kameras mussten Menschen weltweit dramatische Entwicklungen erleben. Die Pandemie wurde augenscheinlich dazu genutzt, Freiheits- und Mitbestimmungsrechte einzuschränken, etwa in Brasilien.

Brasilien

In Brasilien ließ sich im vergangenen Jahr klar beobachten, wie die Regierung die Pandemie nutzt, um Kritik zu verhindern und Fakten zu schaffen. Nur wenige andere Länder weltweit sind so massiv von der Pandemie überrollt worden wie Brasilien. Fast 15 Millionen Fälle und über 400.000 Tote belegen die traurige Realität. Die Regierung hat die Konzentration von Medien und Öffentlichkeit auf Corona dazu genutzt, die Zerstörung des Regenwaldes weiter zu beschleunigen. Dabei kam es auch sehr gelegen, dass sich viele indigene Gemeinschaften – normalerweise eine wichtige Instanz zur Bewahrung des Amazonas – aus Angst vor dem Virus und unzureichendem Schutz durch die Regierung, immer tiefer in den Regenwald zurückziehen mussten. Ihre Rechte werden von der Regierung Bolsonaro systematisch ausgehebelt – dieser Trend hat sich während der Pandemie beschleunigt.

Ungarn

Doch wir müssen gar nicht in so weite Ferne schauen, um sehr konkret zu sehen, welche Möglichkeiten viele Regierungen in der Pandemie erkannten, um große Schritte hin zu mehr Unfreiheit zu gehen. In Ungarn – einem EU Land– ermöglicht das Ende März beschlossene „Corona-Schutzgesetz“, Kritiker:innen für bis zu drei Jahre ins Gefängnis zu stecken, wenn sie „falsche oder verzerrte Tatsachen“ an die Öffentlichkeit bringen. Die durch das Gesetz herauf beschworene vergiftete Atmosphäre wurde von regierungsnahen Medien dazu genutzt, Kritiker:innen des Pandemie-Kurses der Regierung mit dem „Fake-News“-Vorwurf zu überziehen. Etliche Journalistinnen und Journalisten erhielten daraufhin Morddrohungen.

„Die Demokratie ist zu zerbrechlich, als dass man sie allein den Politikern überlassen dürfte.“ Das sagte Kenneth Mtata, Generalsekretär des Nationalen Kirchenrates in Simbabwe, in seinem Rückblick auf das Jahr 2020. Kenneth Mtata wird übrigens heute Nachmittag bei unserer digitalen Podiumsdiskussion zur Veröffentlichung des Atlas auch dabei sein – das freut mich sehr.

Von der alten und auch der neuen Bundesregierung erwarten wir, dass sie lautstark protestiert, wenn die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, wie es etwa in Ungarn geschieht. Das Auswärtige Amt muss – insbesondere über seine Botschaften in aller Welt - zivilgesellschaftliche Handlungsräume eng verfolgen und intervenieren, wenn Gesetze beschlossen werden, die gegen internationale Menschenrechtsnormen verstoßen.

Vielen Dank.